

# Hannoversche Allgemeine

[Von Vorwürfen gegen Schlachtereien nichts gewusst](#)

02. 12. 2010

## Ermittlungen Grotelüschens: Von Vorwürfen gegen Schlachtereien nichts gewusst

Agrarministerin Grotelüschens kommt nicht zur Ruhe. Die CDU-Frau war wegen möglicher Tierschutz-Verstöße in die Kritik geraten. Jetzt lösen Ermittlungen gegen eine Putenschlachtereien und Billiglöhne Wirbel aus - erneut steht der Name Grotelüschens damit in Verbindung.

Garlich Grotelüschens und seine Frau, Niedersachsens Agrarministerin Astrid Grotelüschens (CDU).

Quelle: dpa (Archiv)



Niedersachsens Agrarministerin Astrid Grotelüschens (CDU) ist wegen ihrer Beziehungen in die Geflügelbranche und möglichen Billiglöhnen erneut in der Kritik geraten. Der Ehemann der CDU-Politikerin ist Gesellschafter eines Schlachtbetriebs in Wildeshausen, gegen den die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Es geht um den Verdacht der Beihilfe zur illegalen Beschäftigung von bulgarischen Arbeitnehmern. Dabei gibt es Kritik wegen Stundenlöhnen von vier bis fünf Euro. Die SPD im niedersächsischen Landtag kritisierte, die Landwirtschaftsministerin werde zunehmend zu einer Belastung für ihr Haus, die Linken halten sie für untragbar. Die Grünen sehen gar die gesamte Branche im Zwielficht. Die Agrarministerin war bereits kurz nach ihrem Amtsantritt wegen möglicher Tierschutz-Verstöße in der Geflügelindustrie unter Druck geraten.

Der Ehemann der Ministerin, der Agrarunternehmer Garlich Grotelüschchen, sagte der Nachrichtenagentur dpa, er habe von den Vorwürfen gegen den Schlachtbetrieb nichts gewusst. Derzeit sehe er auch keinen Grund, seine Beteiligung von 14 Prozent - etwa zwei Millionen Euro - an der Schlachtereie aufzugeben.

Zu dem Vorwurf der Billiglöhne sagte Grotelüschchen: „Ich prüfe nicht die einzelnen Stundensätze, die die Leute verdienen“. Garlich Grotelüschchen gehört die Mastkükenbrüterei Ahlhorn im Oldenburger Land, vor ihrem Regierungsamt war die Ministerin in der Unternehmensführung tätig. Die CDU-Fraktion rief dazu auf, keine Vorverurteilungen der Ministerin vorzunehmen. Die CDU-Politikerin selber wollte zunächst keine Stellungnahme abgeben.

Im August dieses Jahres war der Schlachtbetrieb in Wildeshausen, die Geestland Putenspezialitäten GmbH & Co.KG, durchsucht worden, wie die Staatsanwaltschaft Oldenburg am Donnerstag mitteilte. Die sichergestellten Unterlagen werden derzeit ausgewertet. Die Justiz prüft, inwieweit die bulgarischen Arbeitnehmer durch ein Subunternehmen bei der Schlachtereie eingesetzt worden sind.

Es seien möglicherweise Arbeitnehmer „überlassen“ worden, ohne dass dafür notwendige Genehmigungen vorlagen, erklärte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Die Schlachtereie ist ein Unternehmen der PHW-Gruppe, die Mehrheitsgesellschafter ist und unter anderem die Marke „Wiesenhof“ vertreibt.

Die Putenschlachtereie wies die Vorwürfe zurück. Die Firma arbeite mit Werkvertrags-Unternehmen zusammen, die Bulgaren beschäftige, teilte ein Sprecher des Unternehmens Geestland mit. Sie verdienten zwischen vier und fünf Euro netto und bekommen ihre Unterkunft gestellt. Es gelte für sie auch das deutsche Arbeitsrecht. Die Putenschlachtereie - nach Firmenangaben eine der modernsten weltweit - war 2009 fertiggestellt worden.

*dpa*